

Geschäftsführung:
Örtliche Rechnungsprüfung

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Lüdenscheid
am Donnerstag, dem 14.11.2024,
im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Ramona Ullrich SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsherr Mert Can Cetin	CDU	Vertretung für Ratsfrau Tadday-Schlichting
Ratsfrau Julia Decker 90/Die Grünen	Bündnis	
Ratsherr Lothar Hellwig	SPD	Vertretung für Ratsherrn Bunge-Altenberg
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	Vertretung für Ratsherrn Petereit
Ratsherr Michael Meyer	CDU	Vertretung für Ratsherrn Dregger
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	
Ratsherr Christoph Weiland	CDU	Vertretung für Ratsfrau Meyer
Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertretung für Ratsherrn Schwarzkopf
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	Vertretung für Frau Ferber
Herr Rüdiger Rump	CDU	
Ratsherr Andreas Stach 90/Die Grünen	Bündnis	Vertretung für Herrn Scheider
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	
Frau Kornelia Gabriela Wolk	SPD	

Verwaltung:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

Herr Frank Kusmirtz

Herr Stefan Kirmes

Frau Carina Böhme

Frau Melitta Alzorba

Frau Gabriele Krumme

Frau Corinna Moraru

Frau Nicole Schulte

Schriftführung:

Frau Jessica Mattausch

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg SPD

Ratsherr Michael Dregger CDU

Ratsherr Dominik Petereit FDP

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL CDU

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting CDU

Frau Fabiola Ferber

SPD

Herr Christian Scheider Bündnis
90/Die Grünen

Verwaltung:

Herr Michael Heinrich

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:48 Uhr

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsfrau Ullrich, eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Anschließend übergibt sie vorab das Wort an Herrn Kirmes, der eine Stellungnahme des abwesenden Leiters der Rechnungsprüfung, Herrn Heinrich, vorliest:

„Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,
aufgrund einer Erkrankung kann ich heute leider nicht persönlich erscheinen. Daher habe ich meinen Stellvertreter Stefan Kirmes gebeten, dieses Statement für mich zu verlesen:

Seit etwa zwei Jahren steht die Örtliche Rechnungsprüfung und damit auch der Rechnungsprüfungsausschuss in der öffentlichen Kritik – sowohl politisch als auch medial. Grundsätzlich stellen wir als ÖRP uns gerne sachlicher Kritik. Und genau diese sachlichen Vorwürfe haben wir immer wieder entkräftet und Prüfberichte vorgelegt. Doch was wir und vor allem ich als Leiter der ÖRP in den vergangenen zwei Jahren erleben, geht weit über das rein Sachliche hinaus und belastet die Arbeit nicht nur inhaltlich, sondern erhöht auch die psychische Belastung enorm. Wir arbeiten sehr sorgfältig und unabhängig von der Verwaltung. Obwohl wir dies wiederholt in diesem Ausschuss dargestellt haben und dieser uns auch darin bestätigt hat, wird meine und unsere Arbeit weiter öffentlich in Frage gestellt. Immer wieder werden in Anträgen genauso wie in der Berichterstattung in der lokalen Tageszeitung Tatsachen falsch dargestellt. Dazu möchte ich nur kurz ein paar Beispiele bringen.

1. „Über ein Jahr keine Prüfberichte vorgelegt“

Diese Aussage ist zwar wahr, aber aus dem Zusammenhang gerissen. Es ist an dieser Stelle mehrfach erklärt worden, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 noch nicht möglich war, da der Jahresabschluss bislang noch nicht von der Kämmerei vorgelegt werden konnte. Denn die Kämmerei war zum einen durch die Auswirkungen der Cyberattacke und zum anderen durch die lange unklare rechtliche Lage bis ins Frühjahr damit ausgelastet, den Doppelhaushalt 2024/25 aufzustellen. Der Jahresabschluss soll im Dezember im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden. Erst danach kann eine Prüfung erfolgen. Auch in der Vergangenheit kam es häufiger zu einer Verzögerung bei der Prüfung von Jahresabschlüssen, was aber nie von einer Fraktion beanstandet wurde.

2. „Schwarzbau“-Vorwürfe zur Grundschule Lösenbach

In der Sitzung vom 17.08.2023 wurde eine Sachstandsinformation zu dem vom Rechnungsprüfungsausschuss am 17.11.2022 erteilten Prüfauftrag „Juristische Prüfung eines Schadensersatzanspruchs gegenüber Dritten im Zusammenhang mit der Bauplanung/Bauausführung der GGS Lösenbach sowie der Prüfung einer möglichen Verjährung dieses Anspruchs“ gegeben. Aus dem Bericht des FD 32 geht hervor, dass der Stadt im Zusammenhang mit der Planung und Ausführung der Baumaßnahmen an der Grundschule

Lösenbach kein Schaden entstanden ist. Im September 2024 hat die Zentrale Gebäudewirtschaft außerdem – wie vom Rechnungsprüfungsausschuss gefordert – eine Stellungnahme zu den Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Lösenbach in den Jahren 2009 bis 2011 abgegeben. Ein Antrag der CDU, die Örtliche Rechnungsprüfung zu beauftragen, sämtliche Maßnahmen in Sachen Grundschule Lösenbach im Zeitraum 2009 bis hin zur Feststellung der Nichtnutzbarkeit inklusive sämtlicher Unteraufträge mit Vergabeverfahren zu prüfen und dementsprechend mitzuteilen, ob eine Abweichung von dem üblichen Verfahren der Stadt Lüdenscheid erfolgt ist, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Dennoch beantragt die Fraktion auch in dieser Sitzung wieder eine Prüfung „Schwarzbau Grundschule Lösenbach“ und stellt damit das Arbeiten der Örtlichen Rechnungsprüfung weiter in Frage.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist per Definition in der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Lüdenscheid §1 (1) ...“dem Rat unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihm unmittelbar unterstellt. Sie ist von fachlichen Weisungen frei.“ Ihre Aufgabe ist es u. a., die Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit (§2) zu prüfen. Bei den Prüfungen der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Lösenbach wurde die Einhaltung dieser Vorgaben stets beachtet. Weitere Anfragen, Anträge auf Akteneinsicht etc. ziehen nicht nur das Vertrauen in die Mitarbeitenden der Örtlichen Rechnungsprüfung in Zweifel, sie legen die Arbeit des relativ kleinen Fachdienstes auch in weiten Teilen lahm, da fast alle personellen Ressourcen für solch umfassende Prüfaufträge benötigt werden.

3. Häufige Absage von Sitzungen

Bis vor wenigen Jahren tagte der Rechnungsprüfungsausschuss grundsätzlich nur ein Mal pro Jahr. Seit einiger Zeit ist es in der Jahresplanung vorgesehen, mehrere Termine pro Jahr für den Ausschuss einzuplanen, damit optional Sitzungen möglich sind. Sind aber – wie es oftmals der Fall ist – bis kurz vor dem Termin keine Vorlagen bzw. oder Themen auf der Tagesordnung, so wird die Sitzung abgesagt. Durch die zusätzlich eingeplanten Termine kommt das entsprechend häufiger vor.

Das sind nur einige Punkte, die es mir und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erschweren, unsere tägliche Arbeit auszuführen und die mich und uns in der Öffentlichkeit diskreditieren. Ehrlich gesagt fällt es mir unter diesen Umständen sehr schwer, meine Aufgabe mit der gewohnten Freude und Sorgfalt auszufüllen. Gerne und gewissenhaft prüfe ich die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Lüdenscheid. Es enttäuscht mich sehr, dass dies nun aus den Reihen des Rates – dem die ÖRP direkt unterstellt ist – angezweifelt wird.“

Anschließend fährt Ratsfrau Ullrich mit der form- und fristgerecht einberufenen öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses fort und stellt die Tagesordnung fest. Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 5 erweitert, dieser Antrag wurde als Tischvorlage verteilt bzw. ist im Ratsinformationssystem veröffentlicht. Es geht um den Antrag der CDU vom 31.10.2024 "Durchgeführte Prüfungen (August 2023 bis November 2024)". Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Berichtswesen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

3. Überörtliche Prüfung der Stadt Lüdenscheid im Jahr 2021/2024 - Staatszuweisungen Vorlage: 237/2024

Ratsfrau Ullrich übergibt das Wort an Herrn Kirmes.

Herr Kirmes verweist auf die Maßnahmenliste des Fachdienstes 40. Einige Punkte wurden bereits durchgeführt, andere Punkte werden noch durchgeführt und von der Örtlichen Rechnungsprüfung überwacht. Der Bürgermeister muss diese Liste mit in den Rat nehmen und dort beschließen lassen.

Ratsherr Weiland hat sich bereits mit der Fachdienstleitung vom Fachdienst 40, Frau Böhme, hierüber ausgetauscht und möchte in dieser Sitzung noch einmal öffentlich dargestellt haben, dass es zu keinen Rückforderungen seitens der Bezirksregierung Arnsberg kommen wird. Er verweist auf das Datum des Berichts (Februar 2024) und hinterfragt, warum der Bericht nicht bereits im September im Rechnungsprüfungsausschuss gewesen ist.

Frau Böhme teilt hierzu mit, dass für die Einzelzuwendungen, die der Fachdienst für die Betreuungspauschale erhalten hat, eine Rückzahlung erfolgt ist. Für die größere Summe, Fördergelder für Kinder mit Flüchtlingshintergrund, ist bisher kein Rückforderungsbescheid eingegangen. Frau Böhme hat hierzu eine Stellungnahme bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht, in der sie sich darauf bezieht, dass die Fördersätze für Kinder mit Flüchtlingshintergrund identisch sind zu den Fördersätzen der Kinder mit einem nicht formal festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf. Sie geht davon aus, dass diese Stellungnahme für die Bezirksregierung ausreichend war und auf eine Rückforderung verzichtet wird. Frau Böhme hat Herrn Heinrich darum gebeten, den Tagesordnungspunkt erst in die November-Sitzung zu nehmen, da im Fachdienst 40 erst kürzlich ein Leitungswechsel erfolgte.

Ratsfrau Ullrich lässt über den Beschlussvorschlag „Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) über die überörtliche Prüfung der

Staatszuweisungen – Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich (OGS) der Stadt Lüdenscheid gemäß § 105 GO NRW und die diesbezüglich abgegebene Stellungnahme des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen“ abstimmen.

Beschluss:

Der Beschluss wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Über den zweiten Teil der Beschlussvorlage „Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen und empfiehlt diesem über die Stellungnahme des Bürgermeisters (gegenüber der GPA und der Aufsichtsbehörde) in Bezug auf die im Prüfungsbericht enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen zu beschließen. Die vorgelegte Stellungnahme wird gemäß § 105 Absatz 7 GO NRW beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt die Stellungnahme an die GPA sowie die Aufsichtsbehörde zu senden.“ wird ebenfalls abgestimmt.

Beschluss:

Der Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2024 "Prüfung Schwarzbau Grundschule Lösenbach" (Antrag ist der Einladung beigelegt)

Ratsfrau Ullrich übergibt das Wort an Ratsherrn Weiland. Dieser erkundigt sich zunächst nach dem Grund des Fernbleibens des Leiters der Örtlichen Rechnungsprüfung, Herrn Heinrich. Herr Heinrich ist erkrankt. Hierfür äußert Ratsherr Weiland vollstes Verständnis.

Wie in der letzten Sitzung angekündigt, hat die CDU-Fraktion beschlossen, den Antrag in unveränderter Form in jeder Sitzung zu stellen, bis diesem stattgegeben wird. Aus diesem Grund ist der Antrag so formuliert, wie er der letzten Niederschrift zu entnehmen ist: Die Örtliche Rechnungsprüfung wird beauftragt, sämtliche Maßnahmen in Sachen Grundschule Lösenbach im Zeitraum 2009 bis hin zur Feststellung der Nichtnutzbarkeit inklusive sämtlicher Unteraufträge mit Vergabeverfahren zu prüfen und dementsprechend mitzuteilen, ob eine Abweichung von dem üblichen Verfahren der Stadt Lüdenscheid erfolgt ist.

Ratsfrau Ullrich erkundigt sich nach der Zielrichtung des Antrags und bittet Ratsherrn Weiland dies zu erläutern. Ratsherr Weiland bezieht sich auf die Stellungnahme der

ZGW vom 12.08.2024, in der Daten und Vergaben gelistet sind, die dem Ratsinformationssystem nicht in der Vollständigkeit zu entnehmen sind. Als Beispiel nennt er die Vergaben im Zuge der Brandschutzmaßnahmen. Weiterhin weichen die Daten in der Stellungnahme signifikant ab.

Weiterhin fehlt eine Stellungnahme des zuständigen Fachdienstes, in diesem Fall der Bauaufsicht. Herr Kirmes teilt hierzu mit, dass eine Stellungnahme der Bauaufsicht nicht vorliegt. Ratsfrau Ullrich ergänzt hierzu, dass die CDU einen ähnlichen Antrag im Bau- und Verkehrsausschuss gestellt hat. Sie hinterfragt, ob die Aufstellung, die dort vorgelegt worden ist, nicht ausreichend für die CDU ist, sondern alles von 2009 an dargestellt werden soll.

Ratsherr Weiland erläutert hierzu, dass es im Bau- und Verkehrsausschuss eine erweiterte Anfrage hierzu gegeben hat. Letztlich bezogen auf die Vergaben, die im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen und getätigt worden sind, stimmen die Daten nicht mit den Daten der Stellungnahme überein. Nach Einsicht in die Vergabeakten deckt sich dies mit der Beschlusslage, allerdings nicht mit den Daten der Stellungnahme. Dies sind Punkte, die für die CDU überprüfungswert sind.

Ratsfrau Ullrich unterbricht daraufhin die Sitzung für fünf Minuten, damit die Fraktionen sich beraten können.

Nach der Unterbrechung übergibt Ratsfrau Ullrich das Wort an Ratsherrn Holzrichter. Dieser äußert, dass diese Thematik nun zum wiederholten Male und in der kommenden Woche auch im Bau- und Verkehrsausschuss erneut diskutiert wird und für die Verwaltung viel Zeit in Anspruch nimmt. Die CDU ist einem Skandal auf der Spur, den es seiner Ansicht nach nicht gibt. Immer wieder Vergaben von vor 10 bis 15 Jahren von allen Seiten ausführlich zu beleuchten, führt wahrscheinlich weder in der Sache noch politisch zu irgendeinem Ergebnis, außer dass die Örtliche Rechnungsprüfung und auch andere Fachdienste mehr oder weniger lahm gelegt werden mit Aktenstudien von jahrzehntealten Vorgängen zu einem Gebäude, das nach einstimmiger Auffassung dem Abriss geweiht ist. Zudem wurde mehrfach attestiert, dass zu keiner Zeit Gelder verschüttet worden sind oder Kinder gefährdet waren.

Es kann seiner Meinung nach sein, dass in der Stellungnahme der ZGW ein Datum oder eine Zahl abweicht, aber hier steckt nicht das dahinter, was sich die CDU davon verspricht. Die Örtliche Rechnungsprüfung hat seiner Ansicht nach andere Aufgaben als eine einzelne Ratsfraktion bei Laune zu halten und damit meint er sämtliche Verwaltungsvorgänge, die noch nicht in das politische Interesse gerückt sind, auch einer Überprüfung zu unterziehen stichprobenartig nach Grad der Gefährdung für die städtischen Finanzen, also die regulären Prüfungsschwerpunkte wie in anderen Städten auch. Nur in Lüdenscheid werden alte Akten gewälzt. Deshalb ist er der Auffassung, man sollte sich heute abschließend und formal mit dem Antrag befassen. Er findet die Jagd nach irgendwelchen Skandalen völlig unangebracht und verweist auf die Stellungnahme des Leiters der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Ratsherr Schöttler bemerkt hierzu, dass von einem mangelnden Vertrauen gegenüber der Örtlichen Rechnungsprüfung nicht die Rede sein kann, weil die CDU eine Prüfung beantragt hat und dies ist ein Vertrauensbeweis. Sollte bei dieser Prüfung herauskommen, dass es zu einer Abweichung von dem üblichen Verfahren

gekommen ist, kann man hieraus lernen. Die CDU hält den Antrag daher weiterhin für sehr sinnvoll.

Ratsherr Ferber ergänzt hierzu, dass die Grundschule Lösenbach nie ein Schwarzbau gewesen ist, da die bauliche Anlage bereits jahrzehntelang vorher errichtet worden ist. Allein die Begrifflichkeit Schwarzbau in die Debatte einzubringen, ist ein Zeugnis von Unsachlichkeit und zeigt, wie die Debatte hier eingangs geführt wurde, dass es hier nicht um eine sachliche Erörterung geht. Auch Ratsherr Ferber verweist auf die Stellungnahme von Herrn Heinrich und sieht keinen Anlass, dass dieser Vorgang wie von der CDU gefordert besonders begutachtet wird, weil die SPD keine weiteren Fragen zu diesem Thema hat. Seiner Ansicht nach gehört diese Thematik fachlich nicht in diesen Ausschuss und an den Vergaben hat er keinen Zweifel, weil die Örtliche Rechnungsprüfung das sonst schon 2010/2011 vorgetragen hätte. Wenn man der Örtlichen Rechnungsprüfung vertraut, dann sollte man auch soweit vertrauen, dass die Vergaben damals entsprechend geprüft worden sind.

Ratsherr Hellwig bittet die CDU-Fraktion, für die nächste Sitzung einmal darzustellen, wo aus ihrer Sicht eine Abweichung von üblichen Verfahren der Stadt Lüdenscheid erfolgt ist, was eine solche Nachprüfung rechtfertigen würde.

Beschluss:

Der Beschluss wurde mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	0

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2024 "Durchgeführte Prüfungen (August 2023 bis November 2024)"

Ratsfrau Ullrich teilt mit, dass dieser Antrag als Tischvorlage verteilt worden ist, da dieser nach Versand der Tagesordnung eingegangen ist. Sie bittet zukünftig um frühere Einreichung von Anträgen, da diesem Antrag zu entnehmen ist, dass die Fraktion bereits am 22.10.2024 getagt hat und der Antrag erst am 31.10.2024 gestellt worden ist. Dann können die Anträge ordnungsgemäß mit in die Tagesordnung genommen werden.

Ratsfrau Ullrich übergibt das Wort an Herrn Kirmes. Die Stellungnahme und Auflistung der Prüfungen von Herrn Kirmes ist Anlage dieser Niederschrift.

Ratsherr Schöttler lobt den ausführlichen und sehr guten Bericht. Dieser hat transparent gemacht, unter welchen Umständen die Örtliche Rechnungsprüfung gerade arbeiten muss. Hinsichtlich der Personalsituation tut es ihm sehr leid, dass dort gerade Vakanzen da sind. Der Bericht, was gerade geleistet wird und mit den

Mehreinnahmen, die durch die Prüfungen entstanden sind, ist ein definitiver Leistungsnachweis der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Ratsherr Ferber bedankt sich für die Erläuterungen. Dieser Bericht zeigt, dass der Ausschuss sich auf die Örtliche Rechnungsprüfung verlassen kann. Er freut sich auf die Anlage der Niederschrift, um zu sehen, was hier auch im Sinne der Ratsmitglieder geleistet wird.

Ratsherr Holzrichter schließt sich dem Dank an und freut sich, dass trotz der personellen Situation die Handlungsfähigkeit der Örtlichen Rechnungsprüfung weiterhin gegeben ist. Die Tätigkeit muss im Sinne der städtischen Finanzen und der Korruptionsbekämpfung weiterhin gewährleistet sein. Er merkt an, dass der Tagesordnungspunkt formell ein Antrag ist und wie eine Anfrage behandelt worden ist. Es sollte formell der Antrag für erledigt erklärt werden, sonst müsste abgestimmt werden.

Ratsherr Weiland teilt mit, dass dieser Punkt lediglich in die Tagesordnung sollte und kein Beschluss erfolgen muss.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Ullrich, schließt um 19.48 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Ullrich

gez. Mattausch

Ramona Ullrich
Vorsitzende

Jessica Mattausch
Protokollführerin